

Saale-Zeitung.

werden die Spaltzeilen oder deren Raum mit 20 Pfg. für jede Zeile und mit 10 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bestellen die Zeile 60 Pfg. Einsehen wiederum monatlich; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., und
zweimonatlich 2,75 M., durch
die Post 3 M., zweimonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befreiung.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5322 des aml. Zeit.-Berg.
Für die Redaktion verantwortlich:
Gans Paulus in Halle.
[Zustellungsverbindung mit Verstr. Leipzig, Magdeburg u. c.]
Ausg.-Nr. 176.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 529.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 10. November

1894.

Deutsches Reich.

Im Zeichen des Vortretens.

Wie im vorigen Jahr Minister Miquel bei einem Dinner des Deutschen Handelslagers die Gelegenheiten wahrnahm, mit seinen Kritikern abzurechnen und bewegliche Worte darüber zu führen, daß er mit „Dreißig“ beworfen würde, so hat der Staatssekretär v. Stephan die Einweihung des neuen Postgebäudes in Altona benützt, um sich in mehr als hundert Vorträgen, die sich nicht nur auf die Postverwaltung, sondern auch auf die Beziehungen der Postverwaltung zu den Zeitungen, die er schickungsmäßig lese, fände er sich in der Zeitung. Wer den Generalpostmeister lobt, der kann ihn sehr schlecht. Frage man den Verfasser eines solchen Artikels, etwa wie der Sprecher in der Hamburger Zeitungsredaktion: „so gib mir deine Gründe an.“ so lautet die Antwort kurz und bündig: „er ist ein Unmensch, ein Tyrann.“ Zum wenigsten beweist der Generalpostmeister guten Geschmack damit, daß er die Kohärenz nicht liebt. Herr v. Stephan kam dann auf faßliche Zeilen, nämlich die Berichte der Handelskammern. Der Bericht einer nicht weit von der Elbe gelegenen Handelskammer (vielleicht Harburg?) habe anlässlich der Einweihung des Postgebäudes in der Colonzeit gerade an seinem Geburtstag (wie rickstichlos!) geschrieben, es herrsche dort die erbitterteste Stimmung gegen ihn, anstatt gegen den Generalpostmeister. Dann sei eine Handelskammer in einem Gebirgsorte Schlesien, die Hirschberger nämlich, gekommen mit dem Vorschlag: In der Postverwaltung ist eine Erklärung eingetreten. Eine andere Handelskammer in Thüringen, auch in einer Gebirgsstadt, habe von Altersschwäche und von Reformindigen gesprochen. Die heutige Postverwaltung ist auf gewissen Gebieten ein wahrer Hohn auf den Fortschritt. Herr v. Stephan zählte dann aber alle Wünsche, die er regelmäßig zu hören bekomme, im einzelnen auf: „Ermäßigung von Fernspreckgebühren, des Briefpostes, des Stadtpostes, Erhöhung des gebührenden Briefgewichts und anders zur Zeit völlig Unannehmliches mehr“ und bewies damit, daß diejenigen, die seine Verwaltung tadeln, um Gründe gar nicht verlegen sind. Daß die Erfüllung dieser Wünsche gegen 15 Millionen kosten würde, wie Herr v. Stephan hinzuzugibt, macht auf seinen Einbruch, einmal weil diese Berechnung in Wusch und Wogen unkontrollierbar ist und ferner, weil nach unserer Ansicht die Post eine Anstalt ist, die dem Verkehr, nicht dem Reichsfinanzministerium dienen soll. Es ist ja nicht nötig, daß die Postverwaltung jährlich mit einer Hund von Millionen überläuft über den Etat hinaus verbringt. Aber Herr v. Stephan steht, wie er selbst sagt, mit der Postverwaltung auf dem fremdschaftlichen Fuß und fordert diejenigen, die Verkehrsvereinfachungen verlangen mit den Worten Don Antonio's zu Tajo ab: „Die wahre Fremdschaft besteht im Verlangen.“ Wir sagen: Woher weniger Fremdschaft mit der Finanzkommission und etwas mehr Rücksicht auf die Interessen des Verkehrs.

Die Vorgänge im preussischen Ministerium.

Die Art, wie neuerdings Veränderungen im preussischen Ministerium vor sich gehen, beginnt nachgerade Bewunderung und Staunen in den weitesten Kreisen hervorzurufen. Sogar der „Nationalzeitung“ wird die Art der Ministerernennung unter dem neuen Kurse des Fürsten Bismarck unheimlich. Sie meint, daß die Vorgänge der letzten Tage wegen ihres mißlichen Eindrucks bedauerlich seien. „Das wäre zu vermeiden gewesen, wenn die im konstitutionellen — keineswegs nur im parlamentarisch regierten — Staat unbedingt notwendige Einwirkung einer solidarisierenden Regierung nicht bei uns seit nur so langer Zeit fast in Vergessenheit geraten wäre; wie die Hülfszeit zu verleben kann das schon so lange fehlende Gefühl der Solidarität, den Gedanken an eine stetige Entwicklung wieder herstellen.“ In sich kann es nur als angehen betrachtet werden, daß Personal-Veränderungen in der Regierung, welche für notwendig erachtet werden, im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Kammer des Reichstages und des Ministerpräsidenten alsbald erfolgen, nicht sich aus persönlicher Rücksichtnahme über Monate hinwegziehen; das lettere entspricht weder dem Bedürfnis der politischen Führung, noch dem einer stetigen Erledigung der Geschäfte. — Befondere Aufmerksamkeit wendet sich neuerdings Herrn von Lucanus und der Hofe, welche er bei den Ministerveränderungen spielt, zu. Als den „schwarzen Mann“ für die Minister bezeichnet der „Vor-Cor.“ den Chef des Zivilkabinetts, Herrn v. Lucanus. „Man weiß, daß es war, der den Fürsten Bismarck einladen mußte, sein Abschiedsgesuch einzuziehen, — einen gleichen Auftrag hatte auch der Chef des Militärkabinetts Herr von Fabius erhalten. Derselbe Herr v. Lucanus war es, dessen Besuch bei dem Grafen v. Caprivi am 26. Oktober die Entscheidung einleitete; und wie jetzt erzählt wird, war er es auch, der Herrn v. Stellung fragen mußte, vor oder nach seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum seine Entlassung nachsuchen wollte. Man kann sich nicht wundern, wenn Herr v. Lucanus für die Minister eine analoge Bedeutung erhält wie die „weiße Frau im Hause der Hohenzollern“, daß er als schwarzer Mann zu dieser das Gegenstück bildet.“

Die Handelskammer-Reform.

Die „Kön. Ztg.“ meldet, daß ein Entwurf eines neuen Handelskammergesetzes es noch nicht fertiggestellt ist. Nicht einmal die Frage ist entschieden, ob die König der Aufgabe durch Reichsgesetz oder Landesgesetz erfolgen soll. Wahrscheinlich ist, daß die letztere Lösung beschlossen werden wird, da die Reform der Handelskammern einen Bedürfnis nicht überall zu entsprechen scheint. Erst wenn feststeht, daß diese Reform zu

nächst nur für Preußen in Angriff genommen werden soll, dürfte die bisher im Handelsministerium angearbeiteten Grundzüge der geplanten Reform den beteiligten Handelskammern zur Begutachtung zugehen, und erst je nach dem Ausfall dieser Gutachten würde die Ausarbeitung eines Gesamtentwurfs erfolgen. Jedenfalls kann schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit mitgeteilt werden, daß die nächste Landtagssitzung sich noch keineswegs mit dieser Aufgabe zu befassen haben wird.

Zur Frage der Zuckersteuer-Reform.

Wir haben des öfteren schon darüber zu berichten gehabt, daß man in Kreisen der Zuckerindustrie auf eine Änderung der jetzigen Zuckersteuer drängt. Bisher war die Annahme, daß dergleichen Veränderungen bei der Regierung auf Entgegenkommen nicht zu rechnen hätten, eine ziemlich allgemeine und wohl auch begründete. Das hat sich aber jetzt mit einem Schlage geändert, seitdem festzustellen scheint, daß Herr v. Hammerstein-Lorenz preussischer Landwirtschaftsminister wird. Herr v. Hammerstein nämlich ist es gerade, der als Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsverbandes die von uns bereits erwähnte Eingabe in Sachen der Zuckersteuer an den Reichstag unterzeichnete, und er wird selbstverständlich im Sinne dieser Eingabe als preussischer Landwirtschaftsminister wirken. Anlässlich dieses Standes der Dinge gewinnt auch die Zuckersteuer-Eingabe selbst erhöhtes Interesse. Die Eingabe zielt hauptsächlich auf Abänderung der Zuckersteuer, die im Jahre 1893 durch den Reichstag beschlossen wurde, und die im Jahre 1894 durch den Reichstag bestätigt wurde. Die Eingabe zielt hauptsächlich auf Abänderung der Zuckersteuer, die im Jahre 1893 durch den Reichstag beschlossen wurde, und die im Jahre 1894 durch den Reichstag bestätigt wurde. Die Eingabe zielt hauptsächlich auf Abänderung der Zuckersteuer, die im Jahre 1893 durch den Reichstag beschlossen wurde, und die im Jahre 1894 durch den Reichstag bestätigt wurde.

Die Getreidepreise haben einen Stand erreicht, der kaum je gekannt wurde, die Spiritusindustrie leidet unter einem Preisdruck, seitdem auch ihr die Möglichkeit der Ausbeutung des Exportes genommen wurde; nicht minder ist die Zuckersubstanz bedrückt. Auch die Viehzucht, die sich schon zur Zeit sehr schlecht befindet, bringt dem Landwirte, der zunächst die bei der letzten Futternot gelisteten Bestände durch theuren Verkauf ergänzen muß, nicht den vielfach angenommenen Gewinn. In einer solchen Lage, die durch ihre lange Dauer ebensoviele wie durch die gänzlich fehlende Aussicht auf Besserung in naher Zeit die Hoffnungslosigkeit der deutschen Landwirte auf das äußerste steigert, ist die Aussicht auf eine Abänderung der eingekauften noch einkaufenden landwirtschaftlichen Substanz doppelt empfindlich. Eine billige Zuckersubstanz kann man ohne Uebertreibung als den letzten Hoffnungsträger der deutschen Landwirtschaft bezeichnen, wie man ebensoviele früher voraussetzen kann, daß die Veränderung deutschen Zuckers vom amerikanischen Markt, wie sie im Jahre 1893 durch den Reichstag beschlossen wurde, unumkehrlich ist, für die deutsche Zuckerindustrie und damit für die deutsche Landwirtschaft von empfindlichen Nachteilen begleitet sein muß.

Weiter werden dann „entfesselte Abwehrmaßnahmen“ gegen Amerika gefordert. Jetzt ist der geeignete Zeitpunkt, der amerikanischen Einfuhr von lebendem Vieh und frischem Rindfleisch Erleichterungen in den Weg zu legen. Zwar ist sich der Landwirtschaftsreform nicht bewußt, daß unter einem Kampfunterstand einzelne deutsche Ausfuhrindustrien vorübergehend leiden werden. Aber er tröstet sich schnell, indem er ausführt:

„Eine unbedingte Abänderung der Interessen wird darüber doch nicht im Zweifel lassen können, daß es sich hier um die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft handelt. Man wird auch in der deutschen Industrie immer mehr zu der Ansicht gelangen, daß die Erhaltung der Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft in erster Linie das Ziel einer geordneten Wirtschaftspolitik sein muß, wie denn auch in einer großen Anzahl von Berichten deutscher Industriekammern das Schwanden dieser Kaufkraft als eine der Hauptursachen der auch in der Industrie sich geltend machenden Depression deutliche erkannt wird.“ Die Eingabe zielt in der Forderung, die Zuckersteuer „mit den Interessen des deutschen Mittelstandes und der Industrie in Einklang zu bringen“, was in diesem Zusammenhang nur bedeuten kann, daß die Zölle, die der Steuerzahler den Zuckerproduzenten zahlt, noch beträchtlich erhöht werden sollen. Klingt in dieser Eingabe, wie es den Anschein hat, wirklich die agrarische Zukunftsmusik hindurch, so müssen sich Handel und Industrie auf schwere Zeiten gefaßt machen. Der Bund der Landwirte aber wird triumphieren, denn mit Herrn von Hammerstein wird sein Programm regierungsfähig. Vor zwei Jahren meinte Herr v. Pappey-Planen noch, die Landwirte müßten unter die Sozialdemokraten gehen. So wechseln die Zeiten.

Die Branntweinmonopolbestrebungen.

Nach der „Kreuzzeitung“ hat die am 10. November der freien wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages, des Bundes der Landwirte und des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten zusammengeleitete Kommission für die Einführung eines Branntweinmonopols ihre Sitzung am Mittwoch in Berlin fortgesetzt und nach den Vorschlägen des Herrn v. Dietz in Verbindung mit der Einführung des Branntweinmonopols eine Branntweinsteuer für die Weichte und die Einführung des Branntweinmonopols empfohlen. Die Herren scheinen sich große Hoffnungen auf den neuen Reichstag zu machen und wollen zu der Schließung über ihren Monopolentwurf der Reichsregierung um Entsendung eines Vertreters eruchen. Die „Kreuzzeitung“ berichtet, daß die Kommission in ihrer Sitzung von der seitens der Reichsregierung vorliegenden Ansicht, die Produktion einzufrieren und dadurch zugleich eine Exporterleichterung herbeizuführen, Kenntnis genommen habe. Die schärfste nötige Maßnahme schloße aber die Gesamtreform nicht aus.

Die Ereignisse des Jahres.

Das, was in dem bisherigen Berichtsjahre hauptsächlich sichgetragen hat, wird immer mehr dahin klar gestellt, daß man

sagen muß, es liege mindestens eine sehr bedauerliche Aberkennung vor. Allgemein wird das Verhalten des Reichstages v.oller verurteilt, welches direkt provoziert auf die erregte Bevölkerung wirken mußte, besonders indem auch dessen Fortschritte den Reuten, die sich doch durchaus im Rechte fühlen durften, stets in der schroffsten Weise entgegenzutreten, als ob sie es mit Verbrechen zu thun hätten. Gar kein Zweifel kann, auch nach den offiziellen Berichten, darüber bestehen, daß das Militär zu sehr vorgeht, und der getrennt von uns bereits erwähnte Herr v. Kistner ist sogar in der Grade bei der Beerdigung der Opfer nicht, darauf hinzuwirken. Der Geistliche stellte dem Gültler Bauer das Zeugnis eines „ehrengeachteten fleißigen, braven und tiefreligiösen“ Mannes aus, der lediglich durch seine Schwermüdigkeit einen grausamen Tode verfallen sei. Militäre Wälder bringen einen gleichlautenden Artikel über die Bundesmüller Vorgänge aus der Dorspfa, in dem es heißt: „Vielach herrscht noch Unkenntnis darüber, ob die Gemeinde denn auch alle Wege der Güte beschritten hat, besonders ob sie sich an den Baron Joller gewendet habe. Gewiß, der Herr weiß alles. Am Freitag laufenden Jahres war eine Deputation bei dem Herrn Baron, welche in bescheidenen Weise um das rückständige Holz für 1892 bat. Der Baron sagte Nein! Auch die Behörden scheinen sich nicht zu erinnern, daß die Gemeinde alle möglichen Schritte getan hat. Das beweist, daß am Montag vor dem Unglück der Bezirksamtman Wall von Tirschenreuth, der die Erlaubnis zum Eingreifen des Militärs gab, zu den Rechten sagte: „Haltet ihr euch nur einmal an das Bezirksamt gewendet!“ Und Herr Regierungskommissar Andrian meinte in der Gemeindeversammlung: „Haltet ihr euch doch einmal an die Regierung gewendet!“ Antwort: Alles ist gegeben! Am 3. September 1893 gab eine wohlwollende Eingabe an das Bezirksamt Tirschenreuth ab. Am 1. November 1893 abermals an die gleiche Amtsstelle. Am 19. Juni 1894 an die fgl. Regierung in Regensburg. Am 13. Juli 1894 an das Ministerium der Finanzen. Die Antwort erfolgte am 1. Juli 1894. Was will man mehr? Die Antwort: „Man war nicht zureichend, man“ vertrat auf die ausbleibende gerichtliche Entscheidung.

In einem Artikel der „Münchener Post“, der augenscheinlich aus der Feder Beckers stammt, wird aus der jüngstmitte Affäre ein Programm entworfen, das die Landtagssitzung der Er-lauter: Kinderoberschule für die Gemeindegemeinschaft am Grund und Boden, an Wald, Wasser und Weide. „Dass die Sozialdemokratie aus diesen Vorkommnissen Kapital schlagen würde, war vorauszuweisen.“

Verchiedene Mitteilungen.

* Ein offizielles Organ schreibt: Eine der weniger erfreulichen Erscheinungen, welche die finanzielle Unfallsversicherungsgesellschaft hat, ist die, daß Arbeiter, welche Beschäftigungen in Betrieben erlitten haben, nach ihrer Wiederherstellung ein höheres Einkommen als früher haben, obwohl sie zu der gleichen Beschäftigung, wie sie dieselbe vor dem Unfälle hatten, zurückkehren. Dies liegt eine Statistik vor, welche nach dieser Richtung auf einem typischen Schilberer für den März des Jahres 1891 aufgestellt worden ist. Danach bezogen auf diejenige Werke 140 angestellten Arbeiter. Von diesen verdienen 48 neben ihren Renten ein höheres oder gleich hohes Lohn wie vor der Beschäftigung, obwohl s. B. bei arbeiten von ihnen eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Proz. festgestellt war. Weitere 30 hatten mit Einschluß der Rente einen höheren Verdienst als früher. Im ganzen waren also 78 von 140 Rentenempfängern oder 55 Proz. höher gestellt, trotz der Beschäftigung. Natürlich erheben dem die Arbeiter die Verhältnisse als höchst unbillig und er meint, es sei dieselbe möglich, bei der Beschäftigung in der Beschäftigung ein höheres Einkommen als früher zu erhalten. Jedenfalls sei aber zu wünschen, daß das Reichsversicherungsamt diesem Punkte die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

* Die im preussischen Etat für das gewerbliche und unter-tischliche ausgedehnte Summe hat im letzten Etat 2,6 Mill. betragen. Der Etat für das Jahr 1895-96 dürfte einige mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse aufwachen. Allerdings dürfen die die „Vor-Cor.“ nicht verächtlich werden, auch ist die Hoffnungen nicht allzusehr gespannt werden. Immerhin wird sich für einzelne Gewerbezweige manches in dem Etat günstiger gestalten.

* Dem Vortragsrat ist, wie die „Post“ vernehmen, der Entwurf eines Gesetzes, das eine Abänderung des Zolltarifs betrifft, zugegangen; wahrscheinlich handelt es sich um dasselbe Gesetz, das dem Reichstage bereits in seiner vorigen Sitzung zugegangen, aber aus Mangel an Zeit nicht erledigt ist.

* Die Umwandlung der Corps-Verfassungen der Minister wird wahrscheinlich im nächsten Etatskassen in der Weise ihren Anfang nehmen, daß von dem Verlangen von den Ministern mit aktiven Regimentskommandeuren als Vorstände besetzt werden, denen vier Stabsoffiziere beigegeben sind, hierzu treten als Mitglieder noch acht Kompanie. Außerdem erhält jedes der 16 Minister noch einen aktiven Hauptmann, das Amt des Corps-Corps und das Lt. Vernee-Corps bei ihrem vergrößerten Umfang noch einen aktiven Hauptmann. Im ganzen kommen somit an aktiven Offizieren 4 Regimentskommandeure, 4 Stabsoffiziere, 26 Kompaniechefs I. Heils II. Klasse, 4 Einheitschefs und (scheiden 4 inaktive Vorstände und 12 inaktive Mitglieder aus. Es bleiben dann noch 12 inaktive Vorstände und 20 inaktive Mitglieder, welche in höheren Jahren gleichfalls durch aktive Offiziere entsprechenden Grades zu ersetzen sind. Diese werden dann ein in sich geschlossenes Offizier-Corps, ähnlich wie dasjenige der technischen Offiziere, bilden und somit auch in sich abgrenzen.

* Ähnliche Nachweilung zufolge sind während des Monats Oktober in den deutschen Ministerien und Reichsämtern ausgerechnet für 18,502,189 M. Doppelcorps, und zwar sämtlich an Verdrückung, für 669,715 M. Altsene zummarische, für 13,100 M. Zuspensumtätigkeit und für 10,914,87 M. Einpendungslide.

* Wie verlannt, will man vernehmlich deutsche Unterthanen aus den Kolonien West- und Ostafrikas bei den Aufstellungen der Unteroffizierskassen einstellen und sie als Militärminister auszubilden. Im Bundesratgen Amt

Aufträge nach
ausserhalb
von 20 Mk. anwärts
franco.

Waaren-Haus

Aufträge nach
ausserhalb
von 20 Mk. anwärts
franco.

Doebel & Meisel

Große Ulrichstraße 49
im alten Dessauer.

Halle a. S.

Große Ulrichstraße 49
im alten Dessauer.

Montag den 12. November beginnt unser großer

Weihnachts-Ausverkauf.

Durch außergewöhnlich vorteilhafte persönliche **Einkäufe** in den **Fabriken** ist es uns möglich, zum bevorstehenden **Weihnachtsfest** die **Preise** in sämtlichen **Abteilungen** unseres **Waarenhauses** bedeutend zu **ermäßigen**; wir haben der **Größe** unseres **Stabliements** entsprechend **Rechnung** getragen und bieten alle **Abteilungen** eine **überraschend große Auswahl**, nachstehend **verzeichnete Artikel**, welche sich in Bezug auf **Qualität** sowie **Preiswürdigkeit** besonders zu **Fest-Geschenken** eignen, empfehlen wir einer ganz **besonderen Beachtung**.

Kleiderstoffe in tausendfacher **Auswahl**, nur **reinwollene Qualitäten**, **Meter** von **65 Pfg.**
Seidenstoffe und **Sammete**,
sowie **Prima Lindener Costüm-Sammet**, große **Farbenfortimente**.

Damen- und Mädchen-Mäntel und Jackets

in nur neuen **aparten Facons**, **tabellosem Sig.**, zu **bedeutend ermäßigten Preisen**.

In der **Abteilung** für

Weisse Leinen- und Baumwollwaaren

haben wir ganz **erhebliche Preisermäßigungen** eintreten lassen, wir empfehlen einige **hervorragende Qualitäten** mit **neuen Preisen** versehen wie folgt:

8284 cm breite **Hemdentuche**, **Meter** von **17 Pfg.** an.
8284 cm breite **Bettzeuge**, **Meter** von **25 Pfg.** an.
7072 cm breite **Bettzeuge**, **Meter** von **20 Pfg.** an.
8284 cm breite **Inlettstoffe**, **Meter** von **30 Pfg.** an.
Einen **Posten prima leinene Tischtücher**, **Stück** **50 Pfg.**
Einen **Posten prima leinene Damast-Servietten**, **Stück** **22 Pfg.**
Einen **Posten prima Gerstenkornhandtücher**, **Stück** **10 Pfg.**

Einen **Posten doppelfädige Hausschürzenstoffe**, **Mtr.** **38 Pfg.**
Einen **Posten waschächte Hemdenflanelle**, **Meter** **23 Pfg.**
Einen **Posten Elsasser Jacken-Barchende**, **Mtr.** **29 Pfg.**
Einen **Posten Reinwollene Flanelle**, **Meter** **60 Pfg.**
Einen **Posten Engl. Tüll-Gardinen**, **2 Mal Bandesinf.**, **Mtr.** **20 Pfg.**
Einen **Posten 95 cm br. Halblamas**, **Marke P.**, **Mtr.** **29 Pfg.**
Einen **Posten 95 cm br. Halblamas**, **Marke A.**, **Mtr.** **38 Pfg.**

Ferner sind in großer **Massen-Auswahl** neu eingegangen:

Teppiche, **Möbelstoffe**, **Gardinen**, **Bettvorlagen**, **Felle**, **Tischdecken**, **Bettdecken**, **Reisedecken**, **Schlafdecken**, **Steppdecken**, **Corsets**, **Schürzen**, **Handschuhe**, **Strumpfwaaaren**, **Normal-Unterzeuge**, **Lama**, **Flanelle**, **Tücher**, **Ball-Echarpes**, **Capotten**, **Cachenez** in **Wolle** u. **Seide**, **Blousen**, **Tricottailen**, **Schulterkragen**, **Unterröcke**, **Morgenröcke**, **Costüme**, **Kinderkleider**, **Damen- u. Kinder-Muffen**, **Oberhemden**, **Kragen**, **Manschetten**, **Serviteurs**, **Fertige Wäsche**, **Tafel- u. Theegedecke**, **Ueberhandtücher**, **Tischtücher**, **Handtücher**, **Servietten**, **Fertige Bettbezüge** in **bunt** u. **weiss**.

== **Bettfedern u. Fertige Betten** == in jeder **Preislage**.

Seltener Gelegenheitskauf: 300 Duzend Reinleinene Taschentücher.

Neuer Werth Dtd. 6 Mk.,
jetzt Dtd. 3,60 Mk.

Verkauf zu **streng festen**, aber **billigsten Preisen**.
Jeder am **Lager befindliche Gegenstand** ist mit **streng festem Verkaufspreis** versehen.

↔ **Amtausch** nach dem **Feste** bereitwilligst. ↔